

Anfrage



Herrn Oberbürgermeister Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

München, 10.11.2023

Maßnahmen gegen Verkehrsrowdies auf Rad- und Fußwegen

Mittlerweile zeigt sich, dass Fahrradfahrer und E-Roller-Fahrer zunehmend rücksichtsloser fahren und damit neben Fahrradfahrern auch andere Verkehrsteilnehmer, wie Fußgänger u. a. gefährden und verletzen (<https://www.msn.com/de-de/nachrichten/panorama/schnellfahrer-schubsen-uns-von-der-stra%C3%9Fe-unf%C3%A4lle-zwischen-radfahrern-und-fu%C3%9Fg%C3%A4ngern-nehmen-zu/ar-AA1iw0YF?ocid=entnewsntp&cvid=a836988441954145847e688133e66fb0&ei=94>)

Wenn man den vielen Machbarkeitsstudien und verschiedenen Varianten beim Ausbau des Radwegenetzes glauben darf, legt die Stadt besonders Wert auf die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer. Offensichtlich sind diese Maßnahmen entweder nicht ausreichend oder die breiten Fahrradwege bewirken das Gegenteil und laden gerade dazu ein, noch rücksichtsloser unterwegs zu sein.

Nach einer Volksabstimmung ist im Übrigen in Paris der Verleih von E-Rollern seit 01.09.2023 verboten:

<https://www.golem.de/news/elektroroller-paris-verbietet-e-scooter-verleih-2309-177311.html>

In den Bezirksausschüssen wurden diese Themen ebenfalls mehrfach bereits behandelt so z. B.:

06.10.2021. BA 11

<https://risi.muenchen.de/risi/dokument/v/6854259>

Aus dem Beschluss v. 31.03.2022 hierzu:

(E) + (U) Ergreifung strengerer Kontrollen von E-Tretroller-Fahrenden und Fahrradfahrenden auf der falschen Straßenseite

Verstärkte Kontrollen von Radfahrer*innen und E-Scooter-Fahrer*innen, die auf der falschen Straßenseite fahren (<https://risi.muenchen.de/risi/sitzungsvorlage/detail/6975704?dokument=v7086366>)

29.09.2023, BA 11

<https://risi.muenchen.de/risi/antrag/detail/7828763>

Aus dem Beschluss:

„Die Überwachung des Verkehrs in München wird sowohl vom Polizeipräsidium München, als auch von der Kommunalen Verkehrsüberwachung (KVÜ) im Kreisverwaltungsreferat wahrgenommen. Hierbei kontrolliert die KVÜ 58 der bestehenden Parklizenzgebiete. In den übrigen 13 Parklizenzgebieten sowie im restlichen Stadtgebiet ist das Polizeipräsidium München für diese Kontrollen zuständig.

Das für diese Örtlichkeit zuständige Polizeipräsidium München teilt hierzu Folgendes mit:

„Durch die Polizeibeamten der PI 47 werden regelmäßig Rad- und E-Scooterfahrer, auf-

Anfrage



grund der aufgeführten Problematik, kontrolliert und Fehlverhalten konsequent geahndet.“

Offensichtlich führen die in den Beschlüssen genannten Maßnahmen der zuständigen Behörden nicht zu dem gewünschten Ergebnis.

Der Oberbürgermeister wird gebeten folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie viele Unfälle, an denen Fußgänger, Fahrräder und E-Roller beteiligt waren (ohne Beteiligung von PKWs und LKWs!) wurden in den Jahren 2020 bis 2023 registriert? Bitte die Zahlen nach den jeweiligen Kalenderjahren einzeln aufführen.
2. Wie viele von den unter Ziff. 1 genannten Unfällen sind mit Personenschäden einhergegangen? Bitte die Zahlen nach den jeweiligen Kalenderjahren einzeln aufführen.
3. Für wie viele Personen sind diese Unfälle tödlich ausgegangen? Bitte die Zahlen nach den jeweiligen Kalenderjahren einzeln aufführen.
4. In wie vielen Fällen konnten die Unfallverursacher festgestellt und zur Rechenschaft gezogen werden?
5. Wie hoch ist das Durchschnittsalter der Unfallverursacher, insbesondere des Personenkreises mit E-Rollern?
6. Wie lange laufen die Verträge mit den Verleihern noch?
7. Ist eine Verlängerung der Laufzeit geplant?
8. Wie plant die Stadt, noch gezielter gegen Fahrradrowdies vorzugehen, um die übrigen Verkehrsteilnehmer zu schützen?
9. Mit Antrag Nr. 20-26 / A 01918 der AfD vom 20.09.2021 hat die Stadtratsgruppe die Einführung der Kennzeichnungspflicht von Fahrradfahrern gefordert, was u. a. mit der Begründung abgelehnt wurde, dass die Bürokratie Bürger vom Umstieg auf das Fahrrad abhalten könnte. Welche Maßnahmen gedenkt die Stadt einzuführen, um die Aufklärungsquote im Zusammenhang mit der hohen Quote von Fahrerflucht durch die Unfallverursacher, einzudämmen, damit die Geschädigten Schadensersatz und Schmerzensgeld geltend machen können?
10. Kann hierfür mehr Polizei bzw. andere Ordnungskräfte eingesetzt werden?

Initiative:

Iris Wassill
ea. Stadträtin

Markus Walbrunn
ea. Stadtrat

Daniel Stanke
ea. Stadtrat